

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

29.1.1931 (No. 24)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrieder-  
Straße Nr. 14  
Berufsbereich  
Nr. 993  
und 994  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 8515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Anzeigenerstellung und Kontoverfahren fällt der Betrag der Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Reichstagszusammentritt am 3. Februar

**Beginn der Staatsdebatten am Mittwoch**  
Der Reichstag ist jetzt endgültig für Dienstag, den 3. Febr., nachm. 8 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nur kleinere Vorlagen.  
Die zweite Beratung des Haushalts wird voraussichtlich am Mittwoch beginnen. Über die Reihenfolge der Staatsberatung wird man sich in einer Sitzung des Ältestenrats schlüssig machen, die am Montag stattfinden soll. Mit der Beratung der einzelnen Haushalte werden die zahlreichen, dem Reichstag vorliegenden Interpellationen verbunden werden. Man will nach Möglichkeit versuchen, den Haushalt für 1931 bis zum 31. März, dem verfassungsmäßigen Termin für seine Verabschiedung, fertig zu stellen. Auf jeden Fall wird sich die Haushaltsberatung im Reichstag bis Ende März ausdehnen. Ob es dann gelingt, den Haushalt parlamentarisch zu verabschieden, ist zwar noch nicht sicher, wird aber in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich gehalten.  
Neben dem Haushalt wird der Reichstag noch eine Reihe wichtiger Gesetzesentwürfe, so das neue Stillestands-, zu erledigen haben.

### Die Geschäftsordnung des Reichstags

Zwischen den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den anderen Mittelparteien fanden dem „A. L.“ zufolge am Mittwoch weitere Besprechungen über die Reform der Geschäftsordnung des Reichstages statt. Hierbei wurde von Seiten des Führers der Bayerischen Volkspartei darauf hingewiesen, daß nach strenger Auslegung des Art. 54 der Reichsverfassung ein Vertrauensvotum überhaupt keine für das Verbleiben oder Nichtverbleiben einer Regierung entscheidende Rolle spiele, sondern nur ein Mißtrauensvotum. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden.  
Wie die „Voss. Ztg.“ dazu berichtet, ist zwischen den Parteien vereinbart worden, die Geschäftsordnung auch dahin zu ändern, daß ein Mißtrauensantrag die Unterschrift von 50 Abgeordneten tragen muß, wenn er behandelt werden soll. Dadurch soll verhindert werden, daß kleinere Gruppen solche Anträge einbringen, um von der Regierung Zugeständnisse an Interessentengruppen zu erreichen.  
Auch der Mißbrauch mit der Immunität, der von Abgeordneten der radikalen Parteien getrieben wurde, soll dadurch bekämpft werden, daß die Regierungsparteien in Zukunft allen Anträgen auf Aufhebung der Immunität stattzugeben beabsichtigen und besonders dann, wenn die Abgeordneten in ihrer Eigenschaft als verantwortliche Redakteure verfolgt werden. In der Geschäftsordnung soll ausdrücklich bestimmt werden, daß Abgeordnete nicht als verantwortliche Redakteure zeichnen dürfen. Darüber hinaus aber soll kein Abgeordneter bei politischen Erzeugnissen durch seine Immunität gedeckt werden. Zu diesen Abänderungen soll sich auch eine energisiertere Handhabung der bereits ausreichenden Disziplinarmittel gesellen.

### Erfolge Macdonalds

**Die Gewerkschaftsvorlage angenommen**  
Das englische Unterhaus hat am Mittwoch nach scharfer Debatte die Gewerkschaftsvorlage in zweiter Lesung mit 277 gegen 250 Stimmen angenommen. Von der Rechten war die Vorlage der Labourregierung scharf bekämpft worden, und man rechnete bereits mit dem Sturz Macdonalds.  
Bei der Abstimmung enthielt sich der größte Teil der Liberalen, dem früher geführten Vorschlag gemäß der Sinnabgabe. Nur 8 Liberale unter Führung von Sir John Simon stimmten mit den Konserverativen und erhöhten damit die Zahl der Regierungsgegner auf 250.  
Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses beantragte Baldwin, daß das ganze Unterhaus sich als Kommission konstituiere, um die Vorlage zu prüfen, während die Regierung wünschte, sie an einen der bestehenden kleinen Ausschüsse zu verweisen. Der Antrag Baldwins wurde mit 306 gegen 244 Stimmen abgelehnt. Die Liberalen stimmten in diesem Falle geschlossen für die Regierung.

Die Konserverativen haben jetzt einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung formell eingebracht. Er besagt: „Das Unterhaus tadelt die Regierung wegen ihrer Politik ständiger Vermehrung der öffentlichen Ausgaben zu einer Zeit, wo Vermeidung aller neuen Lasten und strenge Sparbarkeit bei den schon bestehenden Ausgabenposten notwendig geworden sind, um das Vertrauen wiederherzustellen und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen.“  
Die Regierung soll ersucht werden, eine baldige Gelegenheit zur Debatte über diese Entschließung zu geben. Churchill, der als ehemaliger Schatzkanzler bei einer derartigen finanziellen Frage zuständig wäre, gehört nicht zu den Unterzeichnern der Entschließung, welche von manchen Beobachtern mit dem vor einigen Tagen offenbar gewordenen Gegensatz zwischen Baldwin und Churchill in der indischen Frage in Zusammenhang gebracht wird.

**Austrittsabsichten der spanischen Regierung.** Nach einer Meldung aus Madrid soll die spanische Regierung beabsichtigen, am 8. Februar, an dem das Dekret zur Vornahme der Wahlen dem König vorgelegt werden wird, zurückzutreten, da die Mehrzahl der Parteien sich nicht an den Wahlen beteiligen wolle und damit der Versuch, zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzuföhren, fehlschlagen sei.

### Letzte Nachrichten

#### Militärausgaben und Kriegsschulden

**Ein amerikanischer Vorschlag**  
W.B. Chicago, 28. Jan. (Tel.) Edward Hurley, der Präsident der American Manufacturers Export Association, der seinerzeit auch der Kommission zur Regelung der ausländischen Kriegsschulden angehörte, schlug in einer Rede vor der Chicagoer Handelsvereinigung vor, daß die sechzehn Schuldnationen Amerikas ihre Militärausgaben einschränken, und daß Amerika gleichzeitig ihre Kriegsschulden herabsetze.  
Hurley erklärte, sein Vorschlag würde die Arbeitslosigkeit vermindern und die Geschäftslage verbessern. Die Schuldnationen seien früher die besten Kunden Amerikas gewesen, und wenn Amerika die Kriegsschulden herabsetze, würden sie wieder auf den amerikanischen Märkten kaufen. Hurley schlug einen Dreißigjahresplan vor, der in den ersten 10 Jahren eine 15prozentige Verminderung der Rüstung, in den folgenden 10 Jahren eine 17½prozentige und in den letzten 10 Jahren gleichfalls eine 17½prozentige Verminderung vorsehen würde. Die Gesamtverminderung in 30 Jahren würde somit 50 Proz. der gesamten Kriegsschulden ausmachen.

#### Aktion gegen die chinesischen Kommunisten

**100 Millionen in China arbeitslos**  
W.B. London, 29. Jan. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ in Schanghai meldet: Der chinesische Kriegsminister Fohingtschin hat Befehl erhalten, sich nach der Provinz Kiangsi zu begeben, um den Oberbefehl über alle Regierungsstreitkräfte zu übernehmen, die mit der Bekämpfung der Kommunisten beschäftigt sind. Die Kommunisten haben sich besonders im Süden der Provinz eingenistet. Die in Frage kommenden Orte sind so ausgedehnt, so bergig und so reich an Schluchten, daß die Regierung ihre besten Truppen ins Feld führen und einen einheitlichen Oberbefehl herstellen muß.  
Der Korrespondent fügt hinzu: Chinesische Kreise schätzen die Gesamtzahl der Arbeitslosen in China auf 100 Millionen. Diese ungeheure Zahl erklärt sich aus dem durch den Bürgerkrieg, das Banditenwesen und das Versagen der Behörden verursachten Elend. Die Regierung von China wird nur durch Bekämpfung der grundlegenden Uebel instande sein, der vom Kommunismus her drohenden Gefahr zu begegnen.

#### Schweres Erdbeben in Albanien

W.B. Tirana, 29. Jan. (Tel.) Gestern vormittag trat in der Stadt Gorticha (Korika) ein heftiges Erdbeben auf, dessen Epizentrum in der Stadt war und dem drei leichte Erdstöße folgten. Das Erdbeben verursachte an einigen Häusern Schaden. 600 Häuser wurden unbewohnbar. Das Internat des Seminars für Mädchen sowie das Gymnasium wurde vollständig zerstört. Die neue rumänische Pfarrkirche wurde vollständig zerstört. Bis jetzt wurden drei Tote und drei Verletzte gemeldet. Die Telephonverbindungen sind unterbrochen. Die elektrische Beleuchtung funktioniert nicht. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Verbindung wieder herzustellen und die Obdachlosen unterzubringen. Am Nachmittag traten neue Erdstöße auf. Fast alle Häuser der Stadt wurden mehr oder weniger beschädigt. Unter der Bevölkerung herrscht ein panischer Schrecken. Alle Hilfsmaßnahmen sind getroffen.

#### Das Reichskabinett dankt Curtius

In der Mittwochssitzung des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichszanklers nahm das Kabinett einen umfassenden Bericht des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius über den Verlauf des europäischen Studienauschusses und der Tagung des Völkerbundesrats entgegen. Der Reichszankler stellte abschließend fest, daß die von der Delegation eingenommene Haltung und das in Genf erreichte Ergebnis die einstimmige Billigung des Reichskabinetts gefunden haben, und sprach dem Reichsminister des Auswärtigen den aufrichtigen Dank des Reichskabinetts für die erfolgreiche Vertretung der deutschen Interessen aus.

#### Sachverständige über den Tausend-Schwindel

Im Verlauf des Prozesses gegen den „Goldmacher“ Tausend in München wurden am Mittwoch zwei sachverständige Zeugen vernommen, nämlich Geheimrat Professor Dr. Förster von der Technischen Hochschule Dresden, und Geheimrat Professor Dr. Hofmann, Vorstand des Chemischen Laboratoriums Charlottenburg-Berlin.  
Förster bekundete, daß Tausend bei einem Versuch, zu dem er sich in Dresden begab, nichts als törichtes Zeug vorgebracht habe. Er sei empört gewesen, daß Tausend glaubte, daß er als Wissenschaftler für solches törichtes Zeug seine Zeit verschwenden könne. Professor Hofmann sagte aus, aus Grund der ihm gegebenen Beschreibung der Versuche durch Tausend habe er zunächst an eine gewisse Möglichkeit gedacht, daß durch die angewandte Vorbehandlung eine gewisse Ausbuchtung des in Blei stets vorhandenen Goldes begünstigt werden könnte. Die dann vorgenommenen Versuche ergaben aber ein völlig negatives Resultat. — Entgegen seiner sonstigen Abnung stellte Tausend nach diesen Sachverständigenausagen keine Fragen an die Zeugen.

### \*Der Kampf gegen die Tributlasten

Es ist von nicht geringer Bedeutung, daß wir uns in der letzten Zeit daran gewöhnt haben, nicht mehr von „Reparationen“ zu sprechen, sondern von Tributlasten und Tributzahlungen. Mit einem Schein von Recht konnte man früher sagen, daß die Partei, die das Spiel verloren hat, den dem Gegner zugefügten Schaden in der Form von Zahlungen und Sachlieferungen wiedergutmachen solle. Insofern konnte das Wort „Reparationen“ auch von uns akzeptiert werden. Der Schaden, der zumal Frankreich während des Krieges zugefügt worden ist, ist nun aber bereits über und über ersetzt worden; und das, was wir bisher an Sachgütern und Geldern auf Reparationskonto bezahlt haben, geht weit über das hinaus, was man vernünftigerweise als Wiedergutmachung eines Schadens bezeichnen konnte. Was wir jetzt noch zu zahlen haben, kann nur ein uns aufgezwungener Tribut sein, ein Tribut, den zumal Frankreich gar nicht mehr benötigt, und der lediglich Zwecken der Bereicherung auf der einen Seite und der künstlichen Daniederhaltung auf der anderen Seite dienen soll.

Der Kampf gegen die Tributlasten ist also für uns eine Angelegenheit, über die unter Deutschen nicht mehr gestritten zu werden braucht. Unser ganzes Volk in allen seinen Parteien und Schichten ist sich darüber einig, daß diese Tributlasten unerbittlich sind, und in ihrer jetzigen Höhe von uns gar nicht abgetragen werden können. Auch darüber besteht völlig Übereinstimmung, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, zu einer Revision des Youngplanes zu gelangen, damit die Tributzahlungen auf eine Summe beschränkt werden, die der Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Daß es am besten wäre, wenn diese Zahlungen überhaupt von der Bildfläche der Weltpolitik verschwinden würden, versteht sich von selbst. Aber die Aussichten dafür sind zur Zeit so gering, daß es kaum einen Zweck hat, diese Idee weiter zu verfolgen.

Praktisch steht im Vordergrund der politischen Arbeit das Problem der Revision. Da es sich aber um rechtsgültige Verträge handelt, muß die Zustimmung aller Vertragspartner herbeigeführt werden. In der Agitation des Rechtsradikalismus werden die Dinge meist so hingestellt, als ob es nur eines energiegelassen Audes bedürfe, um diese Revision zu erreichen. So einfach ist die Sache leider nicht. Die Regierung in Berlin mag heißen, wie sie will: sie wird damit, daß sie einseitig die Notwendigkeit der Revision erklärt und ganz bestimmte Maßnahmen trifft, deshalb noch lange nicht die Revision selbst bewerkstelligt haben. Denn dazu gehört eben die Zustimmung aller Beteiligten.

Gewiß können wir die im Youngplan vorgezeichneten Möglichkeiten ausschöpfen. Wir können den Transfereinschub (das sogenannte Moratorium) beantragen, und wir können auch eine Art Revision der Zahlungsbedingungen antragsmäßig vorbereiten. Aber wir wissen nur zu gut, daß der Antrag auf Revision nur dann einen Erfolg haben wird, wenn wir den Nachweis erbringen können, daß wir im eigenen Lande sparsam wirtschaften und von uns aus in der öffentlichen Finanzwirtschaft alles tun, um mit Wenigem auszukommen. Diese Politik der Reform im Zeichen der Sparbarkeit ist vom Reichszankler Dr. Brüning bereits eröffnet und zweifellos mit Erfolg eröffnet. Sie muß im wesentlichen abgeschlossen sein, bevor wir die nötigen Schritte in Sachen der Revision tun. Wir dürfen ruhig darauf vertrauen, daß diese Schritte der Reichsregierung im richtigen Augenblick nicht ausbleiben werden.

Inzwischen hat der amerikanische Sachverständige Hurley einen Plan zur Verminderung der alliierten Kriegsschulden veröffentlicht. Wir sind bekanntlich an diesen Kriegsschulden in aller Form interessiert, da sich unsere eigenen Tributlasten nach Maßgabe einer Verringerung der alliierten Kriegsschulden verringern. Hurley schlägt eine Herabsetzung der Kriegsschulden vor, und zwar in der Weise, daß die Schulden der insgesamt 16 europäischen Staaten kapitalisiert werden; die Herabsetzung solle dann 50 Proz. betragen. Sie sei auf eine Periode von 30 Jahren zu verteilen, und zwar für die ersten 10 Jahre je 1,5 Proz. pro Jahr. Weitere Schuldenherabsetzungen würden so stattfinden, daß sie am Ende der zweiten Dekade 17,5 Prozent und am Ende der dritten Dekade ebenfalls 17,5 Prozent ausmachen würden. Das Ganze

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 11. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags





